



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz

Die Ministerin

MSGIV | Postfach 60 11 63 | 14411 Potsdam

Nationale Stelle zur Verhütung von Folter
z.Hd. Herrn Vorsitzenden der Länderkommission Rainer
Dopp
Luisenstraße 7
65185 Wiesbaden
vorab per Mail

Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 13
14467 Potsdam

Telefon: +49 331 866-5446
Fax: +49 331 866-5409
Internet: www.msgiv.brandenburg.de

Bus und Tram: Haltestelle Alter Markt/Landtag
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof

Potsdam, 21. Dezember 2022

Stellungnahme zum Bericht der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter über den Besuch der Klinik für Forensische Psychiatrie des Martin Gropius Krankenhauses Eberswalde am 23.05.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender der Länderkommission,
sehr geehrter Herr Staatssekretär a.D. Dopp,

vielen Dank für den übersandten Bericht der Nationalen Stelle zur Verhütung von
Folter über den Besuch der Klinik für Forensische Psychiatrie des Martin Gropius
Krankenhauses Eberswalde am 23. Mai 2022

Wie gewünscht nehme ich bezüglich der im Besuchsbericht angeführten
Feststellungen und Empfehlungen unter Berücksichtigung der Stellungnahme
der Klinik nachfolgend Stellung.

Zur eindeutigeren Zuordnung der Antworten wurde die Gliederung des Berichts
beibehalten.

C Feststellungen/ Empfehlungen

I Kriseninterventionsräume

1. Absonderung

Grundsätzlich erfolgen täglich ärztliche Beratungen (Klinikleitung und
Oberärzte) zu der Frage, ob eine Isolierungsmaßnahme aufgehoben werden
kann. Darüber hinaus erfolgt täglich ärztlicher Kontakt und mehrmals täglich
Kontakt seitens der Pflegemitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu isolierten
Patientinnen und Patienten. Es werden konkrete Schritte formuliert, um eine
solche Maßnahme zu beenden. Die Dokumentation solcher Maßnahmen
muss jedoch präziser bzw. umfangreicher erfolgen. Die Fachaufsicht stimmt
der angeführten Kritik zu und sieht es als interne Leitlinie an, Isolierungen so



kurz wie möglich zu halten bzw. diese zu vermeiden. Es ist keinesfalls Praxis, Patientinnen oder Patienten über mehrere Wochen in einem Kriseninterventionsraum unterzubringen.

2. Ausstattung

Das durch die Kommission an jenem Tag besuchte Kriseninterventionszimmer befindet sich seit dem 3. Oktober 2022 im Umbau zu einem sogenannten „weichen Time-Out-Raum“. Neue Ausstattung, inkl. Mobiliar (neues Bett, Stuhl, Tisch) ist zur Finanzierung bei der Verwaltungsdirektion des Krankenhauses beantragt. Die Realisierung ist für das erste Quartal 2023 geplant.

3. Beleuchtung

Die Klinik stimmt dem Vorschlag zu, eine dimmbare Beleuchtung im Krisenzimmer zu installieren, eine technische Umsetzung wurde geprüft und ist möglich. In den bereits sanierten Zimmern befinden sich darüber hinaus sogenannte Medienboards, die - im Falle ihrer Betriebstüchtigkeit - geeignet sind, den Raum zu beleuchten. Reparaturanträge der gegenwärtig nicht sicher funktionierenden Boards wurden erstellt. Leider kann durch Schwierigkeiten bei der Beschaffung erst von einer einwandfreien Nutzung im ersten Quartal 2023 ausgegangen werden. Diese Medienboards sind dann auch von den Patientinnen und Patienten selbstbestimmt zur Beleuchtung nutzbar.

4. Bewegung im Freien

Die Klinik stimmt darin überein, dass den abgesonderten Patientinnen und Patienten die Möglichkeit des Aufenthaltes im Freien grundsätzlich gewährt werden soll. Die Frage der Gewährung von Ausgängen ins Freie ist jedoch unmittelbar an die Frage der akuten krankheitsbedingten Eigen- und Fremdgefahr geknüpft, so dass die Gewährung eines täglichen Ausganges aus Sicht der Aufsicht bei schwer psychisch erkrankten Patientinnen und Patienten nicht pauschal angeordnet werden kann.

5. Dokumentation besondere Sicherungsmaßnahmen

Die Klinik stimmt der Prüfkommision darin zu, dass die Dokumentation ausführlicher erfolgen sollte. Ein neues Dokumentationsprocedere wird mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt, idealerweise als digitale Lösung, um die gegenwärtig praktizierte Doppeldokumentation zu vermeiden.

6. Verpixeln des Toilettenbereiches

Die Klinikleitung stimmt der Beschaffung einer entsprechenden Software zur Verpixelung jenes Bereiches ausdrücklich zu. Eine entsprechende Bestellung wurde von Seiten der Klinik ausgelöst und eine Umsetzung ist schnellstmöglich avisiert.

II Personalsituation

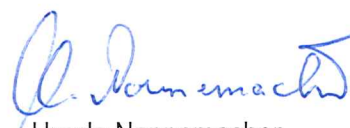
Die Fachkräftesituation im Gesundheitsbereich und insbesondere in der Pflege gehört zweifellos zu den großen Herausforderungen der Gesundheitspolitik in allen Ländern. Dies betrifft leider in besonderem Maße auch die forensische Psychiatrie. Ich stimme mit Ihnen überein, dass die personelle Situation in der von Ihnen besuchten Klinik unzureichend ist und zur Verbesserung der Qualität der Therapie- bzw. Gesprächsangebote alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die Klinik nutzt zu diesem Zweck verschiedenste Personalgewinnungskonzepte und kooperiert mit allen Ausbildungsstätten im Umkreis der Einrichtung.

D Tragen von Namensschildern

Die Klinikleitung stimmt diesem Vorschlag zu. Das Ausräumen datenschutzrechtlicher Bedenken seitens der Belegschaft liegt aus Sicht der Klinik in der Verantwortung des Trägers der Einrichtung. Die Aufsicht ist dazu in den Austausch mit dem Träger gegangen und fordert eine Prüfung des Sachverhaltes zwecks Umsetzung dieser Maßnahme.

Für weitere Rückfragen steht mein Haus selbstverständlich zur Verfügung. Im Übrigen danke ich Ihnen und den Mitgliedern der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter für Ihre engagierte Arbeit im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Mit freundlichen Grüßen



Ursula Nonnemacher